


Niederschrift der weiterführenden Sitzung des Stadtrates am 15.06.2017

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:05 Uhr
Ende:	18:41 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Stadtratsvorsitzende:	Frau Pelke
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung durch den Oberbürgermeister	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
8.	Entscheidungsvorlagen	
8.25.	Bebauungsplan BRV493 "Brühl-Süd, Teil A" - Billigung des Entwurfs und öffentliche Auslegung Einr.: Oberbürgermeister	0575/17
8.25.1.	Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur Drucksache 0575/17 - Bebauungsplan BRV493 "Brühl-Süd, Teil A" - Billigung des Entwurfs und öffentliche Auslegung	1222/17
8.26.	Bebauungsplan BRV493 "Brühl-Süd, Teil A" - Konkretisierung der Sanierungsziele Einr.: Oberbürgermeister	0576/17

8.27.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan ALT681 "Am Johannesufer" - Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit Einr.: Oberbürgermeister	0590/17
8.28.	Bebauungsplan BRV606 "Klimagerechte Pilotsiedlung Marienhöhe - Zwischenabwägung Einr.: Oberbürgermeister	0591/17
8.28.1.	Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 0591/17 Bebauungsplan BRV606 "Klimagerechte Pilotsiedlung Marienhöhe "Zwischenabwägung"	1238/17
8.28.2.	Nachfragen aus der nichtöffentlichen Sitzung StU vom 30.05.2017 zum TOP 4.4 Bebauungsplan BRV606 "Klimagerechte Pilotsiedlung Marienhöhe - Zwischenabwägung (DS 0591/17)	1144/17
8.29.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan MEL555 "Wohngebiet Buchenberg - Silbergraben" - Billigung Entwurf und öffentliche Auslegung Einr.: Oberbürgermeister	0606/17
8.29.1.	Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur Drucksache 0606/17 - Vorhabenbezogener Bebauungsplan MEL555 "Wohngebiet Buchenberg - Silbergraben" - Billigung Entwurf und öffentliche Auslegung	1221/17
8.30.	Bedarfsplanung der Tageseinrichtungen für Kinder/Tagespflege für den Zeitraum vom 1. August 2017 bis 31. Juli 2019 Einr.: Oberbürgermeister	0728/17
8.30.1.	Antrag des Jugendhilfeausschusses zur Drucksache 0728/17 - Bedarfsplanung der Tageseinrichtungen für Kinder/Tagespflege für den Zeitraum vom 1. August 2017 bis 31. Juli 2019	0952/17
8.31.	BUGA Erfurt 2021 - Vorentwurf Nördliche Geraaue, BUGA-Maßnahmen Einr.: Oberbürgermeister	0761/17

8.31.1.	Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur Drucksache 0761/17 BUGA Erfurt 2021 - Vorentwurf Nördliche Geraaue, BUGA-Maßnahmen	1218/17
8.31.2.	2. Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur Drucksache 0761/17 Vorentwurf Nördliche Geraaue, BUGA-Maßnahmen	1219/17
8.32.	3. Änderungssatzung zur Satzung der Landeshauptstadt Erfurt zum Schutz des Baumbestandes im besiedelten Bereich (Baumschutzsatzung) vom 05. Februar 1999 Einr.: Oberbürgermeister	0808/17
8.33.	Berufung des Wahlleiters und stellvertretenden Wahlleiters des Landeshauptstadt Erfurt für die Ortsteilbürgermeisterwahl im Ortsteil "Roter Berg" Einr.: Oberbürgermeister	1028/17
8.34.	Kreativquartier ehemaliges Garnisonslazarett Einr.: Fraktion SPD	1035/17
8.35.	Ausschussbesetzungen SPD-Fraktion Einr.: Fraktion SPD	1086/17
8.36.	"Coffee to go - Mehrwegsystem" für Erfurt Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	1095/17
8.39.	Netzausbau-Moratorium Erfurt-Vieselbach Einr.: Oberbürgermeister	1123/17
9.	Informationen	
9.1.	Beschluss des Stadtrates 0704/15 Haushaltssatzung 2015 und Haushaltsplan 2015; hier: Abschlussbericht zu Haushaltsbegleitbeschluss Punkt 8 Einr.: Oberbürgermeister	0765/17
9.2.	Sonstige Informationen	

1. Eröffnung durch den Oberbürgermeister

In Vertretung des Oberbürgermeisters eröffnete die Beigeordnete für Umwelt, Kultur und Sport, Frau Hoyer, die weiterführende öffentliche Stadtratssitzung und begrüßte alle Stadtratsmitglieder, Ortsteilbürgermeister, Pressevertreter sowie Gäste.

Sodann übergab er die Sitzungsleitung an die Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke.

Frau Pelke gab bekannt, dass der Hauptausschuss in der Sitzung am 03.05.2011 beschlossen hat, dass die Aufzeichnung der Stadtratssitzungen im Internet als Live-Stream und eine Speicherung der Daten bis zur nächst folgenden Stadtratssitzung durch die Mediengruppe Thüringen bzw. des durch sie beauftragten technischen Dienstleisters, unter den folgenden Bedingungen erfolgt:

- Die Kameraposition und die technischen Rahmenbedingungen werden vor der jeweiligen Stadtratssitzung durch die für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständige Dienststelle festgelegt. Es darf nur der jeweilige Redner am Rednerpult und das Präsidium hinter dem Rednerpult aufgezeichnet werden.
- Eine Aufnahme der Zuschauer-Empore und des Stadtratssitzungssaales ist nicht zulässig.
- Durch die Verwaltung wird der Mediengruppe Thüringen vor Beginn der Stadtratssitzung mitgeteilt, welche Personen einer Übertragung widersprochen haben. In der Sitzung können durch die Stadtratsvorsitzende weitere Personen benannt werden. Diese Personen dürfen nicht gefilmt werden.
- Im Übrigen ist die Mediengruppe Thüringen für die rechtmäßige Live-Übertragung der Stadtratssitzung verantwortlich.

Personen, die nicht aufgezeichnet werden wollen, können dies jederzeit der Stadtratsvorsitzenden bekannt geben.

Sie fragte daraufhin, ob jemand der Aufzeichnung, soweit der Redebeitrag von Rednerpult aus erfolgt, widerspricht. Widerspruch erhob sich nicht.

Darüber hinaus hat der Hauptausschuss in der Sitzung am 20.10.2015 die Zustimmung erteilt, dass alle Fraktionen für die laufende Wahlperiode die Redebeiträge ihrer Mitglieder am Rednerpult im öffentlichen Teil von Stadtratssitzungen in Bild und Ton mitschneiden dürfen.

Die Liste der grundsätzlich genehmigten Journalisten gemäß §15 (6) der Geschäftsordnung liegt in den Fraktionsgeschäftsstellen und der für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Dienststelle zur Einsichtnahme für die Sitzungsteilnehmer vor, teilte die Stadtratsvorsitzende weiterhin mit.

Frau Pelke gab bekannt, dass zu diesem Zeitpunkt 28 Mitglieder des Stadtrates anwesend waren. Damit war der Stadtrat beschlussfähig, so die Stadtratsvorsitzende.

Abschließend teilte die Stadtratsvorsitzende mit, dass eine Pause nicht stattfinden wird.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Die Stadtratsvorsitzende wies darauf hin, dass die Änderungen bereits in der Sitzung am Vortag bekannt gegeben wurden.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung gab es nicht.

8. Entscheidungsvorlagen

8.25. Bebauungsplan BRV493 "Brühl-Süd, Teil A" - Billigung des Entwurfs und öffentliche Auslegung Einr.: Oberbürgermeister 0575/17

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 30.05.2017 bestätigte (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Es lag ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 1222/17 vor. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Zu Beginn erläuterte Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Intention des Antrages seiner Fraktion und gab zugleich folgende mündliche Änderung im Antrag bekannt:

Die Planung ist allerdings so zu überarbeiten, dass der Erhalt der 5er-Baumgruppe, bestehend aus den Bäumen Nummer 32–36, gewährleistet ist. Des Weiteren ist im Innenhofbereich des WA 5 für die fensterlosen Wandflächen der Wohnbebauung sowie für die teilweise freiliegenden Wandflächen der Tiefgarage Fassadenbegrünung festzusetzen.

Daraufhin gab der der Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und -planung zu Bedenken, dass die beantragten Änderungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in das laufende Bebauungsplanverfahren eingreifen und bei Bestätigung des Antrages (Drucksache 1222/17) das Verfahren auf null gesetzt werde.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, folgte der Stellungnahme der Verwaltung hinsichtlich der Bäume. Zudem sprach er sich gegen die Fassadenbegrünung aus und verwies auf die Regelung der Garagen im städtebaulichen Vertrag.

Herr Stassny, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, regte auf Grund seiner ambivalenten Haltung für die Bäume aber gegen die Fassadenbegrünung die Einzelabstimmung der beiden Sätze des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an.

Diesem Vorschlag stimmte Herr Kanngießer im Namen seiner Fraktion zu und beantragte die Einzelabstimmung der beiden Sätze im vorliegenden Antrag (Drucksache 1222/17).

Herr Kallenbach, Fraktion CDU, wies auf die fortgeschrittene Planung im Bebauungsplanverfahren und die damit einhergehenden kritischen Folgen einer Änderung gemäß dem Antrag 1222/17 hin.

Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., hinterfragte die Möglichkeit eines Kompromisses, indem der Antrag in einen Prüfauftrag umgewandelt wird.

Hierzu begründete der Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und -planung nochmals die Stellungnahme der Verwaltung hinsichtlich der Problematik mit der Tiefgaragenzufahrt. Nachdem der Entwurf der Planung im Jahr 2013 von der Verwaltung vorgestellt wurde, kommt der Gedanke für eventuelle Veränderungen reichlich spät, merkte er an.

Abschließend lehnte Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Vorschlag von Herrn Bärwolff hinsichtlich eines Prüfauftrages dankend ab und richtete zugleich die Bitte an die Verwaltung den Nachhaltigkeitsgedanken in solchen Planungen vermehrt einfließen zu lassen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

Somit kündigte die Stadtratsvorsitzende das Abstimmungsverfahren gemäß dem Antrag auf Einzelabstimmung der beiden Sätze des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 1222/17) mit Zustimmung des Einreichers an und ließ zunächst den ersten Satz des Antrages abstimmen:

Die Planung ist allerdings so zu überarbeiten, dass der Erhalt der 5er-Baumgruppe, bestehend aus den Bäumen Nummer 32–36, gewährleistet ist.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	23
Enthaltungen:	2

Damit wurde dieser Satz abgelehnt.

Darauf folgend rief die Stadtratsvorsitzende den zweiten Satz des Antrages 1222/17 inkl. der mündlichen Änderung von Herrn Kanngießler zur Abstimmung auf.

Des Weiteren ist im Innenhofbereich des WA 5 für die fensterlosen Wandflächen der Wohnbebauung Fassadenbegrünung festzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	24
Enthaltungen:	2

Somit wurde dieser Satz ebenfalls abgelehnt.

Im Anschluss erfolgte die Abstimmung der Ursprungsdrucksache.

beschlossen Ja 25 Nein 4 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan BRV493 "Brühl-Süd", beschlossen am 11.09.2013, Beschluss Nr. 0843/13 wird hinsichtlich des Geltungsbereiches entsprechend der zeichnerischen Festsetzung im Entwurf des Bebauungsplans (Anlage 2) geändert und als Bebauungsplan BRV493 Brühl-Süd, Teil A" fortgeführt.

02

Die Zwischenabwägung zu den im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird beschlossen. Das Abwägungsergebnis mit Begründung (Anlage 4) ist Bestandteil des Beschlusses.

03

Der Entwurf des Bebauungsplanes BRV493 "Brühl-Süd, Teil A" in seiner Fassung vom 11.05.2017 (Anlage 2) und die Begründung vom 11.05.2017 (Anlage 3) werden gebilligt.

Der Bebauungsplan wird als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß §13a BauGB im beschleunigten Verfahren aufgestellt. Gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 i. V. m. § 13 Abs. 3 BauGB wird im beschleunigten Verfahren von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2a BauGB und von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 10 Abs. 4 BauGB abgesehen.

04

Der Entwurf des Bebauungsplanes und die Begründung werden nach § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt.

05

Gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und § 4 Abs. 2 BauGB werden die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden, beteiligt.

(redakt. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 1 a – c beigelegt.)

8.25.1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Drucksache 0575/17 - Bebauungsplan BRV493 "Brühl-Süd, Teil A" - Billigung des Entwurfs und öffentliche Auslegung 1222/17

abgelehnt

8.26. Bebauungsplan BRV493 "Brühl-Süd,Teil A" - Konkretisierung der Sanierungsziele 0576/17
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 30.05.2017 einstimmig bestätigte (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Da es keine Wortmeldungen gab, erfolgte sogleich die Abstimmung über die Drucksache.

beschlossen Ja 26 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

Beschluss:

Mit den Entwürfen des jeweils ersten Preisträgers der Wettbewerbsgebiete 1 – 4 (Anlage 2-5) werden die Sanierungsziele des förmlich festgelegten Sanierungsgebiet BRV468 "Brühl" angepasst und konkretisiert.

(redakt. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 2 a – e beigelegt.)

8.27. Vorhabenbezogener Bebauungsplan ALT681 "Am Johannesufer" - Billigung des Vorentwurfs und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit 0590/17
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 30.05.2017 einstimmig bestätigte (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., ging auf das Vorhaben ein und bat die Verwaltung darum die Ausgestaltung des Terrassenufers in den städtebaulichen Vertrag mit aufzunehmen.

Herr Kallenbach, Fraktion CDU, begrüßte das Vorhaben und den Vorschlag von Herrn Bärwolff.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit rief die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache auf.

beschlossen Ja 31 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Der überarbeitete Wettbewerbsentwurf des 2. Preisträgers aus dem städtebaulich-architektonischen Realisierungswettbewerb "SMART LIVING – Urbanes Wohnen am nördlichen Juri-Gagarin-Ring" in seiner Fassung vom 23.03.2017 (Anlage 2a und 2b) sowie die Erläuterungen (Anlage 2c) werden als Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ALT681 gebilligt.

02

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB wird durch öffentliche Auslegung des Vorentwurfes des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ALT681 "Am Johannesufer" durchgeführt.

Gemäß § 4 Abs. 1 Satz 1 BauGB werden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden, beteiligt.

(redakt. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 3 a – c beigelegt.)

**8.28. Bebauungsplan BRV606 "Klimagerechte Pilotsiedlung 0591/17
 Marienhöhe - Zwischenabwägung
 Einr.: Oberbürgermeister**

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 30.05.2017 ablehnte (Ja 2 Nein 2 Enthaltung 4 Befangen 0)

Die Beantwortung der Nachfragen aus der nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern mit Drucksache 1144/17 vor.

Es lag ein Antrag der Fraktion SPD mit Drucksache 1238/17 vor. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache um einen weiteren Beschlusspunkt. Die Stellungnahme der Verwaltung liegt den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Zu Beginn erläuterte Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, die Intention des Antrages seiner Fraktion.

Daraufhin erklärte Herr Kanngießner, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass seine Fraktion dem Antrag der Fraktion SPD - da er ein Prüfauftrag ist - zustimmen wird, verwies aber dennoch auf die Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Kallenbach, Fraktion CDU, ging auf die umfangreichen Gutachten zum Klima etc. ein.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief die Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag der Fraktion SPD (Drucksache 1238/17), der die Ursprungsdrucksache ergänzte, zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 30
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 1

Damit wurde der Antrag bestätigt.

Anschließend erfolgte die Endabstimmung der Ursprungsdrucksache inkl. der bestätigten Ergänzung.

mit Änderungen beschlossen Ja 30 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss:

01

Die Zwischenabwägung zu den im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird beschlossen. Das Abwägungsergebnis mit Begründung (Anlage 2) ist Bestandteil des Beschlusses.

02

Für die Baufelder 3.1-3.6, 4.1-4.6; 6, und 9 sowie für die 'Grüne Fuge' sind im Rahmen der weiteren Bearbeitung Untersuchungen zur Verbesserung des Auffangens und der Versickerung des Oberflächenwassers und der Durchströmung von entstehender Kaltluft durchzuführen.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 4 beigefügt.)

8.28.1. Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 0591/17 Bebauungsplan BRV606 "Klimagerechte Pilotsiedlung Marienhöhe "Zwischenabwägung" 1238/17

bestätigt Ja 30 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

8.28.2. Nachfragen aus der nichtöffentlichen Sitzung StU vom 30.05.2017 zum TOP 4.4 Bebauungsplan BRV606 "Klimagerechte Pilotsiedlung Marienhöhe - Zwischenabwägung (DS 0591/17) 1144/17

zur Kenntnis genommen

8.29. Vorhabenbezogener Bebauungsplan MEL555 "Wohngebiet Buchenberg - Silbergraben" - Billigung Entwurf und öffentliche Auslegung 0606/17
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 16.05.2017 bestätigte (Ja 9 Nein 1 Enthaltung 1 Befangen 0).

Der Ortsteilrat Melchendorf nahm die Vorlage in seiner Sitzung am 18.05.2017 zur Kenntnis.

Es lag ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 1221/17 vor. Dieser ergänzte die Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Zunächst erläuterte Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/GRÜNEN, die Intention des Antrages seiner Fraktion und bat um Zustimmung.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, beleuchtete den Vorschlag des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN näher und gab zu Bedenken, dass die großflächigen Fassadenbegrünungen sehr kostenintensive Maßnahmen sind, die sich entsprechend auf die Preisentwicklung auswirken werden. Daher werde seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, stellte die Stadtratsvorsitzende zuerst den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 1221/17), der die Ursprungsdrucksache ergänzte, zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	19
Enthaltungen:	3

Damit wurde der Antrag abgelehnt.

Anschließend erfolgte die Abstimmung über die Ursprungsdrucksache.

beschlossen Ja 27 Nein 3 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss:

01

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan wird als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß §13a BauGB im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach §2 Abs. 4 BauGB aufgestellt.

02

Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes MEL555 "Wohngebiet Buchenberg - Silbergraben" in seiner Fassung vom 28.02.2017 (Anlage 2) mit dem Vorhaben- und Erschließungsplan (Anlage 3) und die Begründung (Anlage 4) werden gebilligt.

03

Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes, der Vorhaben- und Erschließungsplan sowie die Begründung werden nach § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt.

Gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und § 4 Abs. 2 BauGB werden die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden, beteiligt.

04

Zur Umsetzung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes wird eine Umlegung gem. §46 Abs. 1 BauGB angeordnet.

(redakt. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 5 a – d beigelegt)

8.29.1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Drucksache 0606/17 - Vorhabenbezogener Bebauungsplan MEL555 "Wohngebiet Buchenberg - Silbergraben" - Billigung Entwurf und öffentliche Auslegung 1221/17

abgelehnt Ja 9 Nein 19 Enthaltung 3 Befangen 0

8.30. Bedarfsplanung der Tageseinrichtungen für Kinder/Tagespflege für den Zeitraum vom 1. August 2017 bis 31. Juli 2019 0728/17
Einr.: Jugendhilfeausschuss

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass alle beteiligten Ortsteilräte die Drucksache bestätigten, außer der Ortsteilrat Sulzer Siedlung lehnte die Drucksache ab.

Der Jugendhilfeausschuss bestätigte die Drucksache in seiner Sitzung am 04.05.2017 mit Änderungen (Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Hierzu lag ein Antrag des Jugendhilfeausschusses mit Drucksache 0952/17 vor. Dieser ergänzte die Anlage 1 der Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Zu Beginn führte Herr Möller, Fraktion SPD, als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses zu dem vorliegenden Antrag (Drucksache 0952/17) aus. Er sprach seinen Dank gegenüber dem Jugendamt für die aufgestellte Bedarfsplanung aus und bat zugleich um Zustimmung zu der Ergänzung aus dem Jugendhilfeausschuss.

Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, richtete seinen Dank an die Verwaltung für die nun vorliegende Bedarfsplanung, äußerte jedoch zugleich seinen Unmut gegenüber den aufgelisteten Zahlen.

In seinen Erläuterungen als Ortsteilbürgermeister ging er zusätzlich auf die Probleme der fehlenden Kindertageseinrichtung im Ortsteil Sulzer Siedlung ein und fragte nach einem nicht aufgeführten - aber seiner Meinung nach gestellten - Antrag des Ortsteilrates Sulzer Siedlung in der Auflistung der Anträge zur Drucksache.

Herr Kordon, Fraktion CDU, wies auf die Probleme hin, die trotz der aufgestellten Bedarfsplanung in den Kita's bestehen. Die Zahlen im Plan stimmen mit denen in der Praxis nicht überein, bemerkte er und nannte hierbei das Beispiel im Ortsteil Marbach.

Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ging auf das genannte Beispiel der Kindertageseinrichtung in Marbach ein und begrüßte die Drucksache.

Dahingehend verwies Herr Möller auf den immerwährenden Spagat zwischen dem Stadtkern und den Ortsteilen hinsichtlich der Kita's. In den Abwägungsprozessen ist es oftmals sinnvoller große bereits bestehend Kita's zu erneuern bzw. zu erweitern bevor kleinere in den Ortsteilen neu gebaut werden, gab er zu bedenken. Diesen Abwägungsprozess habe der Jugendhilfeausschuss als zuständiger Fachausschuss vorgenommen und diese Drucksache so eingereicht.

Im Zuge der Diskussion wies Herr Stassny, Vorsitzender der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, auf die Nachfrage von Herrn Stampf hin.

Bezugnehmend zu Herrn Stampf erwähnte Herr Möller deutlich, dass kein formeller Antrag des Ortsteilrates Sulzer Siedlung zur Drucksache 0728/17 vorliegt.

Das Verfahren zur Aufstellung des Bedarfsplanes beleuchtete der Amtsleiter des Jugendamtes näher. Hierzu gab es einen Entwurf im Februar diesen Jahres, der in der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Stellungnahme auslag. In diesem Verfahren wurde der vermeintliche Antrag des Ortsteilrates Sulzer Siedlung als Stellungnahme zum Entwurf der Bedarfsplanung eingereicht, bemerkte der Leiter des Jugendamtes.

Diesem widersprach Herr Stampf und bat um Klärung, wo der Antrag des Ortsteilrates Sulzer Siedlung zur Drucksache 0728/17 eingegangen ist und warum dieser nicht entsprechend weiter gereicht wurde.

Bezugnehmend auf die weitere Verfahrensweise äußerten sich:

- Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zeigte sein Unverständnis gegenüber dem fehlenden Antrag von Herrn Stampf,
- Herr Möller, Fraktion SPD, erläuterte nochmals das Verfahren zur Drucksache mit dem Hinweis, dass eine Stellungnahme zum Entwurf der Bedarfsplanung kein Änderungsantrag zur vorliegenden Stadtratsdrucksache sei,
- Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, hinterfragte das Abwägungsverfahren für die Aufstellung des Bedarfsplanes,
- Der Leiter des Jugendamtes erklärte die Unterschiede zwischen dem Bedarfsplan für die Kita's und dem Kitanerungsprogramm und führte zur Bedarfsermittlung für Kitaplätze im Ortsteil Sulzer Siedlung aus. Entsprechend dem ersichtlichen Bedarf für die nächsten drei Jahre erfolgte eine Abwägung. Auf Grund dieser wurde die Entscheidung für eine Erweiterung der Kindertageseinrichtung in Stotternheim anstatt einem Neubau in der Sulzer Siedlung getroffen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit informierte die Stadtratsvorsitzende über das Abstimmungsverfahren der vorliegenden Anträge.

Nach Rücksprache mit Herrn Stampf erging folgende Festlegung:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, was mit dem vom Ortsteilrat Sulzer Siedlung eingereichten Antrag zur Bedarfsplanung der Tageseinrichtungen für Kinder/Tagespflege für den Zeitraum vom 1. August 2017 bis 31. Juli 2019 (Drucksache 0728/17) geschehen ist. Eine entsprechende Klärung soll im zuständigen Jugendhilfeausschuss erfolgen.	Drucksache 1300/17
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------

Im Anschluss rief die Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag des Jugendhilfeausschusses (Drucksache 0952/17), der die Anlage 1 der Ursprungsdrucksache ergänzte, zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 31
Nein-Stimmen: 1
Enthaltungen: 1

Damit wurde dieser bestätigt.

Daraufhin erfolgte die Endabstimmung der Ursprungsdrucksache inkl. der zuvor bestätigten Ergänzung in der Anlage 1.

mit Änderungen beschlossen Ja 29 Nein 1 Enthaltung 3 Befangen 0

Beschluss:

Die in der Anlage befindliche "Bedarfsplanung Tageseinrichtung für Kinder/Tagespflege für den Zeitraum vom 1. August 2017 bis 31. Juli 2019" wird beschlossen.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 6 beigefügt.)

**8.30.1. Antrag des Jugendhilfeausschusses zur Drucksache 0952/17
0728/17 - Bedarfsplanung der Tageseinrichtungen für
Kinder/Tagespflege für den Zeitraum vom 1. August 2017
bis 31. Juli 2019**

bestätigt Ja 31 Nein 1 Enthaltung 1 Befangen 0

**8.31. BUGA Erfurt 2021 - Vorentwurf Nördliche Geraaue, BUGA- 0761/17
Maßnahmen
Einr.: Oberbürgermeister**

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss zur Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung der Bundesgartenschau 2021 in Erfurt (BUGA-Ausschuss) die Drucksache in seiner Sitzung am 23.05.2017 vertagte.

Es lag ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 1218/17 vor. Dieser änderte die Ursprungsdrucksache insbesondere im Planbereich M9 – Hauptachse / Gera-Radweg. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Zudem lag ein 2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 1219/17 vor. Dieser ändert die Ursprungsdrucksache insbesondere hinsichtlich der Parkanlagen in den Planbereichen M1, M3, M4, M6 und M7. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Der Ausschuss zur Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung der Bundesgartenschau 2021 in Erfurt (BUGA-Ausschuss) votierte über die Drucksachen 1218/17 und 1219/17 in seiner Sitzung am 13.06.2017 per Einzelabstimmung der Punkte. Den Fraktionen und fraktionslosen Mitgliedern lag hierzu ein Abstimmungspapier¹ mit allen Ergebnissen der Vorberatung vor.

Weiterhin kündigte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Antrag auf Einzelabstimmung der Maßnahmepunkte gemäß dem vorliegenden Abstimmungspapier im Vorfeld der Sitzung an, teilte die Stadtratsvorsitzende mit.

Zu Beginn führte Herr Metz, Fraktion SPD, zu der Vorberatung im zuständigen BUGA-Ausschuss aus und erläuterte die Beratungsgegenstände. Als Beispiel für einen guten Start nannte er die Planungen und Vorgehensweise in Gispersleben und wünschte sich diese entsprechend auch für den Petersberg etc.

Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte die Intention der Anträge seiner Fraktion und ging auf die inhaltlichen Schwerpunkte der Prüfaufträge ein. Zudem bestätigte er nochmals den Antrag auf Einzelabstimmung der Punkte gemäß dem Abstimmungspapier.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., nahm Bezug auf die vorliegenden Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und begründete die Ablehnung einzelner im zuständigen BUGA-Ausschuss.

Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, begrüßte die Vorlage und das Vorgehen der Planungen. In seinen Ausführungen führte er insbesondere zu den Schwerpunkten der BUGA: den Verbindungswegen, der Parkraumsituation, der Akzeptanz der Erfurter Bürger und der Nachhaltigkeit aus. Abschließend sicherte er die Zustimmung zur Ursprungsdrucksache und den bestätigten Änderungen gemäß den Abstimmungen im BUGA-Ausschuss zu.

¹ Vgl. Anlage 10 der Niederschrift

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Darauffolgend stellte die Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Einzelabstimmung der Maßnahmepunkte zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 24
Nein-Stimmen: 1
Enthaltungen: 8

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Stadtratsvorsitzende rief zum Abstimmungsverfahren gemäß dem vorliegenden Abstimmungspapier² auf.

Zum Verfahren teilte die Stadtratsvorsitzende mit, dass zuerst die Maßnahmen der Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksachen 1218/17 und 1219/17) einzeln, dann die so mehrheitlich geänderten Anträge und zum Schluss über die so geänderte Drucksache abgestimmt wird.

Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

Sodann rief die Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 1218/17) in Fassung des BUGA-Ausschusses zur Abstimmung auf.

Zu Beginn erfolgten die Abstimmungen der Änderungen im Beschlusspunkt 2. der Drucksache (Einzelmaßnahmen):

- **Planbereich M9 – Hauptachse / Gera-Radweg**

- 1. Befestigung als wassergebundene Decke in den Planbereichen M1–Kilianipark bis M6–Neuer Park an der ehemaligen Kläranlage**

Ja: 4 Nein: 29 Enthaltungen: 0 → damit abgelehnt

- 2. Befestigung in Asphalt nur im Planbereich M7–Nordpark. Hier ist eine möglichst helle Asphaltdecke herzustellen.**

Ja: 4 Nein: 29 Enthaltungen: 0 → damit abgelehnt

- 3. Linienführung im Planbereich M4–Wohngebietspark Rieth in stärkerer Anlehnung an das Wettbewerbsergebnis**

Ja: 4 Nein: 29 Enthaltungen: 0 → damit abgelehnt

² Das Abstimmungspapier ist der Niederschrift als Anlage 10 beigelegt.

Weiterhin erfolgte die Abstimmung der Änderungen im Beschlusspunkt 3 der Drucksache (Einzelmaßnahmen, gesamter Punkt):

3. Der Vorentwurf für den Neubau der Rad- und Fußwegebrücke über die Straße der Nationen und den Radweg östlich der Gera (Anlagen 5-8, 11) wird **mit folgendem Prüfauftrag** als Grundlage für die weiteren Planungsschritte und die Durchführung bestätigt:

- **Ausbau in Asphalt in den Abschnitten, die in Anlage 11 Überarbeitung Radverkehrskonzept als Hauptroute dargestellt sind. Hier ist eine möglichst helle Asphaltdecke herzustellen.**
- **Keine Asphaltierung und Beleuchtung im Geschützten Landschaftsbestandteil (GLB) „Geraue Gispersleben“**
- **Verbreiterung des Weges nur in Richtung Osten (Gera-abseitig)**

Ja: 4 Nein: 28 Enthaltungen: 1 → damit abgelehnt

Somit wurde keine Einzelmaßnahme bestätigt und der gesamte Antrag 1218/17 abgelehnt.

Daraufhin rief die Stadtratsvorsitzende den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 1219/17) in Fassung des BUGA-Ausschusses zur Abstimmung auf.

Hierbei wurden zunächst die Änderungen im Beschlusspunkt 2. der Drucksache (Einzelmaßnahmen) zur Abstimmung gestellt:

- **Planbereich M1 – Kilianipark**

1. versickerungsfähige Oberflächenbefestigung der Sitzplätze an Mühlgraben und Gera

Ja: 33 Nein: 0 Enthaltungen: 0 → damit bestätigt

2. Keine weiteren Baumfällungen entlang der Hauptachse

Ja: 5 Nein: 27 Enthaltungen: 1 → damit abgelehnt

- **Planbereich M3 – Parkanlage Nördliche Gera-Aue**

1. Vollständige Offenlegung des Rosenborn innerhalb der Grünfläche soweit möglich

Ja: 32 Nein: 0 Enthaltungen: 1 → damit bestätigt

2. Der Teich ist mit flachen Ufern und in großen Teilen mit entsprechender naturnaher Vegetation zu gestalten

Ja: 33 Nein: 0 Enthaltungen: 0 → damit bestätigt

- Planbereich M4 – Wohngebietspark Rieth

1. Der Vorentwurf ist im Bereich des derzeitigen Sportplatzes wieder am Wettbewerbsergebnis auszurichten. Dazu gehört eine stärkere Orientierung der Neubebauung an der Hangkante.

Ja: 4 Nein: 29 Enthaltungen: 0 → damit abgelehnt

- Planbereich M6 – Neuer Park an der ehemaligen Kläranlage

1. Reduzierung der Uferbefestigung im Bereich des „Gera-Fensters“/„Gera-Strandes“

Ja: 33 Nein: 0 Enthaltungen: 0 → damit bestätigt

- Planbereich M7 – Nordpark

1. Verzicht auf die zusätzliche Fußgängerbrücke

Ja: 4 Nein: 29 Enthaltungen: 0 → damit abgelehnt

2. Die Verwaltung möge die Errichtung eines mehrgeschossigen Parkdecks statt Parkplatzes unter wirtschaftlichen, finanziellen und Nachhaltigkeitsaspekten prüfen.

Ja: 32 Nein: 0 Enthaltungen: 1 → damit bestätigt

Zusammenfassend erfolgte die Abstimmung über den so geänderten Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 1219/17) – einschließlich der folgenden Änderung im ersten Satz von Beschlusspunkt 2:

Der Vorentwurf Nördliche Geraaue, Freianlagenplanung Objekt 1 und 2, inkl. der technischen Ausrüstungen (Anlagen 2-4, 9,10), wird ~~zur Kenntnis genommen und~~ **mit folgenden Änderungen** als Grundlage für die weiteren Planungsschritte und die Durchführung bestätigt:

Ja: 29 Nein: 0 Enthaltungen: 4 → damit beschlossen

Abschließend erfolgte die Endabstimmung über die Ursprungsdrucksache inkl. der zuvor bestätigten Änderungen.

mit Änderungen beschlossen

Beschluss:

01

Die Maßnahmeliste zur Nördlichen Geraaue gemäß Anlage 1 wird grundsätzlich bestätigt.

02

Der Vorentwurf Nördliche Geraaue, Freianlagenplanung Objekt 1 und 2, inkl. der technischen Ausrüstungen (Anlagen 2-4, 9,10), wird zur Kenntnis genommen und mit folgenden Änderungen als Grundlage für die weiteren Planungsschritte und die Durchführung bestätigt:

- Planbereich M1 – Kilianipark
 - versickerungsfähige Oberflächenbefestigung der Sitzplätze an Mühlgraben und Gera
- Planbereich M3 – Parkanlage Nördliche Gera-Aue
 - Vollständige Offenlegung des Rosenborn innerhalb der Grünfläche soweit möglich
 - Der Teich ist mit flachen Ufern und in großen Teilen mit entsprechender naturnaher Vegetation zu gestalten
- Planbereich M6 – Neuer Park an der ehemaligen Kläranlage
 - Reduzierung der Uferbefestigung im Bereich des „Gera-Fensters“/“Gera-Strandes“
- Planbereich M7 – Nordpark
 - Die Verwaltung möge die Errichtung eines mehrgeschossigen Parkdecks statt Parkplatzes unter wirtschaftlichen, finanziellen und Nachhaltigkeitsaspekten prüfen.

Die Anlagen der Drucksache 0761/17 sind entsprechend anzupassen.

03

Der Vorentwurf für den Neubau der Rad- und Fußwegebrücke über die Straße der Nationen und den Radweg östlich der Gera (Anlagen 5-8, 11) wird als Grundlage für die weiteren Planungsschritte und die Durchführung bestätigt.

04

Für die Umsetzung der Einzelmaßnahmen entsprechend BUGA- Haushaltsliste (Anlage 1) wird, vorbehaltlich der Bewilligung durch das Thüringer Landesverwaltungsamt sowie vorbehaltlich der haushälterischen Klärung der Bereitstellung von Fördermitteln: Aus der EFRE-Finanzierung bis zu 16.279.003,00 € sowie aus der Städtebauförderung bis zu 15.791.234,00 € zugestimmt und die Bereitstellung von Stellplatzablösebeiträgen bis zu 1.040.170,00 € bewilligt.

(redakt. Hinweis: Die Anlagen des Beschlusses sind der Niederschrift als Anlagen 7 a – k beigelegt.)

- 8.31.1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Drucksache 0761/17 BUGA Erfurt 2021 - Vorentwurf Nördliche Geraaue, BUGA-Maßnahmen 1218/17

abgelehnt

- 8.31.2. 2. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Drucksache 0761/17 Vorentwurf Nördliche Geraaue, BUGA-Maßnahmen 1219/17

bestätigt mit Änderungen

- 8.32. 3. Änderungssatzung zur Satzung der Landeshauptstadt Erfurt zum Schutz des Baumbestandes im besiedelten Bereich (Baumschutzsatzung) vom 05. Februar 1999 Einr.: Oberbürgermeister 0808/17

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 30.05.2017 einstimmig bestätigt wurde (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Da es keine Wortmeldungen gab, erfolgte sogleich die Abstimmung über die Drucksache.

beschlossen Ja 33 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

Die 3. Änderungssatzung zur Satzung der Landeshauptstadt Erfurt zum Schutz des Baumbestandes im besiedelten Bereich (Baumschutzsatzung) vom 05. Februar 1999 wird beschlossen.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 8 beigelegt.)

- 8.33. Berufung des Wahlleiters und stellvertretenden Wahlleiters des Landeshauptstadt Erfurt für die Ortsteilbürgermeisterwahl im Ortsteil "Roter Berg" Einr.: Oberbürgermeister 1028/17

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Hauptausschuss die Drucksache in seiner Sitzung am 13.06.2017 einstimmig bestätigte (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Da es keine Wortmeldungen gab, erfolgte sogleich die Abstimmung über die Drucksache.

8.35. Ausschussbesetzungen SPD-Fraktion
Einr.: Fraktion SPD

1086/17

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Da es keine Wortmeldungen gab, erfolgte sogleich die Abstimmung über die Drucksache.

beschlossen Ja 33 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Mandatswechsel Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben

Die Besetzung im Ausschuss für Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben wird wie folgt geändert:

Ausschussmitglied (alt): Baier, Karin
Ausschussmitglied (neu): Trier, Thomas

1. Stellvertreter: Dr. Warweg, Urs
2. Stellvertreter: Frenzel Torsten
3. Stellvertreter: Metz, Wolfgang
4. Stellvertreter: Gloria, Carsten

Für Frau Dr. Verona Faber-Steinfeld wird als 2. Stellvertreter wird Herr Denny Möller (alt: Karin Baier) berufen.

Für Herrn Oskar Helmerich wird als 1. Stellvertreter Herr Torsten Frenzel (alt: Kevin Groß) berufen.

02

Änderung des Sachkundigen Bürgers im Ausschuss Bildung und Sport

Die Besetzung im Ausschuss Bildung und Sport wird wie folgt geändert:

Herr Dr. Bernd Wilhelm (alt) wird durch Frau Beate Weiser (neu) als Sachkundige Bürgerin im Ausschuss für Bildung ersetzt.

03

Änderung der Stellvertreterregelung im Ausschuss Bildung und Sport

Die Besetzung im Ausschuss Bildung und Sport wird wie folgt geändert:

Mitglied	1. Stellvertreter	2. Stellvertreter	3. Stellvertreter	4. Stellvertreter
----	----	----	----	----
Pelke, Birgit	Dr. Klisch, Cornelia	----	----	Baier, Karin (alt: Warnecke,

	(alt: Baier, Karin)			Frank)
Dr. Faber-Steinfeld, Verona	Warnecke, Frank (alt: Dr. Warweg, Urs)	----	Möller, Denny (alt: Trier, Thomas)	----

04

Stellvertreterregelung im Ausschuss zur Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung der Bundesgartenschau 2021 in Erfurt

Die Stellvertretung im Ausschuss zur Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung der Bundesgartenschau 2021 in Erfurt wird wie folgt festgelegt:

Mitglied	1. Stellvertreter	2. Stellvertreter	3. Stellvertreter	4. Stellvertreter
Baier, Karin	Prof. Dr. Merforth, Klaus	Warnecke, Frank	Dr. Klisch, Cornelia	Trier, Thomas
Helmerich, Oskar	Möller, Denny	Groß, Kevin	Warnecke, Frank	Dr. Beese, Wolfgang
Metz, Wolfgang	Trier, Thomas	Prof. Dr. Merforth, Klaus	Frenzel, Torsten	Mroß, Daniel
Dr. Warweg, Urs	Warnecke, Frank	Dr. Faber-Steinfeld, Verona	Mroß, Daniel	Möller, Denny

05

Änderung der Stellvertreterregelung im Ausschuss Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung

Die Besetzung im Ausschuss Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung wird wie folgt geändert:

Als 4. Stellvertreter für Herrn Denny Möller wird Herr Groß, Kevin (alt: N.N.) berufen

8.36. "Coffee to go - Mehrwegsystem" für Erfurt
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

1095/17

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt und die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, beantragte im Namen seiner Fraktion die Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt und in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit stellte die Stadtratsvorsitzende den Antrag auf Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt und in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 33
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Drucksache in die o. g. Ausschüsse verwiesen.

Verwiesen in Ausschuss

8.39. Netzausbau-Moratorium Erfurt-Vieselbach 1123/17
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Hauptausschuss die Drucksache in seiner Sitzung am 13.06.2017 einstimmig bestätigte (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Da es keine Wortmeldungen gab, erfolgte sogleich die Abstimmung über die Drucksache.

beschlossen Ja 32 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, den Thüringer Ministerpräsidenten schriftlich um Unterstützung für ein Netzausbau-Moratorium für den Bereich des Netzknotens Erfurt-Vieselbach zu bitten (siehe Anlage 1). Gleichlautende Schreiben werden an die Thüringer Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft, die Thüringer Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz, den Thüringer Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft, die Bundestagsabgeordnete Frau Antje Tillmann und den Bundestagsabgeordneten Herrn Carsten Schneider versendet.

(redakt. Hinweis: Die Anlage des Beschlusses ist der Niederschrift als Anlage 9 beigelegt.)

9. Informationen

9.1. Beschluss des Stadtrates 0704/15 Haushaltssatzung 0765/17
2015 und Haushaltsplan 2015; hier: Abschlussbericht zu
Haushaltsbegleitbeschluss Punkt 8
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass über die Drucksache in der Sondersitzung des Stadtrates am 06.06.2017 informiert wurde.

Es gab keine Wortmeldungen.

zur Kenntnis genommen

9.2. Sonstige Informationen

Weitere Informationen gab es nicht. Somit beendete die Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke, die Sitzung des Stadtrates.

gez. Pelke
Stadtratsvorsitzende

gez. 
Schriftführer/in